

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/216

12. November 1974

Gegen Gewalt und Bedrohung

Zur Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten

Von Karl Liedtke MdB

Vorsitzender des Parteirates der SPD

Seite 1 / 20 Zeilen

Die SPD tritt wieder an

Parteiführung zieht Konsequenzen aus den
Wahlniederlagen

Seite 2 / 46 Zeilen

Kein bequemer Ausweg

Auch Ersatzenergien für Rohöl werden teurer

Von Gerhard Flämig MdB

Mitglied des Ausschusses für Energie, Forschung und
Technologie des Europäischen Parlaments

Seite 3 und 4 / 80 Zeilen

Wohlrabiaden

Wie man zielsicher die Wahrheit verfehlen kann

Von Rudi Walther MdB

Berichterstatler des Haushaltsausschusses für das
Bundesinnenministerium

Seite 5 / 30 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausaalen 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1. Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 06 66 840 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Gegen Gewalt und Bedrohung

Zur Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten

Von Karl Liedtke MdB

Vorsitzender des Parteirates der SPD

Die SPD ist erschüttert und empört über den brutalen Mord an dem Berliner Kammergerichtspräsidenten Dr. Günter von Drenkmann. Der Ermordete war seit 1967 der höchste Richter Berlins und damit an hervorragender Stelle für die Sicherheit dieser Stadt mit verantwortlich.

Drenkmann war seit 1945 nicht nur Mitglied der SPD, sondern er war stets ein intensiver Mitarbeiter.

Die Bundesrepublik darf sich rühmen, die freiheitlichste Verfassung zu haben, die dieses Land je gekannt hat. Die Sozialdemokraten dürfen stolz darauf sein, ihren maßgeblichen Beitrag dazu geleistet zu haben. Die Toleranzbreite ist nur zu bewahren, wenn sie bewußt und kämpferisch verteidigt wird.

Mord, Gewalt und Androhung von Gewalt stehen außerhalb der Verfassung. Sie gehören eindeutig in den Bereich der Kriminalität. Die staatlichen Organe für Sicherheit und Ordnung bedürfen der Unterstützung aller. Das gilt nicht nur für die Parteien und Verbände, das gilt für jeden Bürger dieses Staates.

Die deutsche Sozialdemokratie spricht Frau Drenkmann und dem Sohne des Ermordeten ihr tief empfundenes Beileid aus. Sie wird seiner gedenken als einen aufrechten Sozialdemokraten, der für Recht und Gerechtigkeit sein Leben gab.

(-/12.11.1974/bgy/er)

+ + +

Die SPD tritt wieder an

Parteiführung zieht Konsequenzen aus den Wahlniederlagen

Die Sprache der Referenten und der Diskutanten in der Berliner Sitzung der Parteiführungsgremien war deutlich und hart. Die SPD erkennt die Ursachen ihrer Wahlniederlagen und ist entschlossen, konturierte Konsequenzen zu ziehen. Mit dem Parteivorsitzenden Willy Brandt legten vor allem der Bundeskanzler und die Landesvorsitzenden in Bayern und Hessen, Dr. Hans-Jochen Vogel und Albert Osswald, den Finger auf die Mängel, die sich in der Organisation, in der Werbung, in der Informierung der Parteimitglieder und der Wähler sowie insbesondere in der Effektivität des Bestrebens gezeigt haben, Vertrauen nicht nur zu erhalten, sondern Vertrauen hinzuzugewinnen. Insgesamt, so wurde ohne Selbstbejammerung, aber mit dem Entschluß zur völligen Korrektur klargestellt, habe die SPD dem Wähler ein desolates Meinungs- und Entscheidungsbild geboten.

Die Parteiführung ist sich klar darüber, daß man keine Politik ohne theoretische Untermauerung treiben kann. Die Parteiführung ist sich aber ebenso einig in der Erkenntnis, daß im Vordergrund der Politik das ernsthafte und antreibende Bestreben stehen muß, sich mit den Realitäten auseinanderzusetzen und mit den Problemen fertig zu werden und sie zu lösen, die sich heute und morgen für den Staat und die Partei ergeben. Das setzt zwingend voraus, daß die Partei zu der Geschlossenheit zurückfindet und sie in Übereinstimmung praktiziert, ohne die nicht nur die Partei, sondern auch die von ihr getragene Regierung ins Rutschen kommen muß. Diese in Berlin als Gebot herauskristallisierte Erkenntnis verlangt von allen Gruppen Selbstbescheidung zur Konzentration auf das Mögliche und zudem den realisierten Willen, einmal gefaßte Parteibeschlüsse selbst mitzutragen und gemeinsam durchzusetzen.

Willy Brandt hat in Berlin Zustimmung zu der Feststellung gefunden, daß die Situation für die Partei und für die Koalition schwierig ist. Die SPD dankt nicht daran, den parteipolitischen Gegner in seinen Wirkungsmöglichkeiten zu unterschätzen. Die sich aus den in Berlin dargelegten Mängeln ergebenden unabdingbaren Konsequenzen werden daher zweifellos rasch, zügig und wirkungsvoll erfolgen müssen, wenn sie der Gesamtpartei, also ihren Funktionären, ihren Mitgliedern und ihren Wählern, den Impetus geben sollen, ohne den sie schließlich mit dem Rücken gegen die Wand gedrückt werden könnte.

Die Wahlen des Jahres 1975 erfordern eine SPD, die sich wieder selbst gefangen und Schritt gefaßt hat. Willy Brandt und Helmut Schmidt haben in Berlin die Wege gewiesen und die Richtlinien gesetzt. Die SPD hat keine Zeit zu verlieren, um die notwendigen Vorhaben in handfeste Fakten umzusetzen: Dafür ist die Lage zu ernst. (ee/12.11.1974/ks/ee)

+ + +

Kein bequemer Ausweg

Auch Ersatzenergien für Rohöl werden teurer

Von Gerhard Flämig MdB

Mitglied des Ausschusses für Energie, Forschung und Technologie
des Europäischen Parlaments

Es ist sicherlich Zufall, daß in diesen Tagen dreimal die Energiepolitik in der Bundesrepublik Schlagzeilen machte: der Beschluß des AEG-Aufsichtsrates, sich aus der Kraftwerkunion KWU zurückzuziehen, die öffentliche Sachverständigen-Anhörung im Ausschuß für Forschung und Technologie des Bundestages zur Energiepolitik sowie die nahezu einstimmige Verabschiedung des Gesetzes über die weitere Verwendung von Gemeinschaftskohle in der Elektrizitätswirtschaft - auch "Drittes Verstromungsgesetz" genannt - im Bundestag. Aber diese drei bemerkenswerten Ereignisse hängen doch ursächlich miteinander zusammen. Es geht um die Frage, was getan werden muß und getan werden kann, um die langfristige Energieversorgung der Bundesrepublik sicherzustellen.

Das revidierte Energieprogramm der Bundesregierung räumt Kohle und Kernenergie eine bevorzugte Stellung ein. Die Kohleförderung erhält weiterhin indirekte Zuschüsse, um das Heizöl so weit wie möglich aus dem Verbrauch in Kraftwerken hinauszudrängen. Die Kernenergie wird indirekt mit öffentlichen Mitteln gefördert, um damit mehr und mehr Elektrizitätswerke zu betreiben - nicht nur zur Einsparung von Rohöl bei der Stromerzeugung, sondern in Zukunft auch zur Gewinnung von Prozeßwärme, mit der man Kohle verflüssigen und Treibstoff herstellen bzw. Kohle vergasen und mit dem Gas die Haushalte versorgen könnte.

Wenn das so ist, warum zieht sich dann die AEG aus dem KWU-Reaktorbau-Gemeinschaftsgeschäft mit Siemens zurück? Etwa gar, weil dieses Geschäft auf absehbare Zeit weiter nichts als ein Verlustgeschäft zu bleiben verspricht? Wer weiß, daß AEG und Siemens in den letzten Jahren mehrere hundert Millionen DM bei der Entwicklung von Leichtwasser-Kernkraftwerken verloren haben, der wird Verständnis aufbringen für den Schritt der AEG, allerdings nicht ohne sich zugleich besorgt zu fragen, wie es nun mit der KWU weitergehen wird? Kommt es zu einem Zusammengehen mit der BBC, die ihrerseits mit den Amerikanern die nächste Kernreaktor-Generation, den Hochtemperatur-Reaktor, entwickelt? Oder werden die großen Ölmultis Interesse zeigen und einsteigen? Nur eins scheint ziemlich sicher zu sein: Aus dem Bundeshaushalt ist für diesen Zweck nicht viel zu holen.

Der Bundeshaushalt beschränkt sich darauf, die "Forschung und Entwicklung neuer Kernreakortypen und neuer Technologien" zu fördern. Mit der Frage, was am förderungswürdigsten sei, beschäftigte sich die öffentliche Anhörung des Bundestagsausschusses. Manch einer, der geglaubt hatte,

der Leichtwasser-Reaktor sei längst ohne Probleme und wirtschaftlich, war am Mittwoch letzter Woche nicht nur leicht KWU geschockt, sondern auch erstaunt, von Fachleuten vernemen zu müssen, daß es selbst auf diesem Gebiete noch Probleme zu lösen gibt. Besonders erwähnt wurden verstärkte Sicherheitsanforderungen und Fragen der Atommüllbeseitigung. Auf letzterem Gebiet scheint man jetzt den Schwerzen Peter der Kosten für den Brennstoffkreislauf den Kraftwerksbetreibern, also letztlich den Stromverbrauchern, zuzuschieben. Noch größer aber war das Erstaunen, zu hören, wie weit noch die Wirtschaftlichkeit des Hochtemperatur-Reaktors entfernt ist, der Strom und Prozeßwärme zugleich produzieren soll. Es wurde die Zahl 1988 genannt und auf entsprechende Abgeordnetenfragen erläutert, der Brennstoffkreislauf für den Hochtemperatur-Reaktor sei noch lange nicht gesichert. Auch die Entwicklung hoch feuerfesten Materials für Kernkraftwerks-Betriebstemperaturen von 950 - 1.000 Grad Celsius werde noch Jahre in Anspruch nehmen.

Nach dieser nüchternen Einschätzung seitens der Fachleute kamen die Fragen nach der Wirtschaftlichkeit der dritten Reaktorgeneration, nämlich des "Schnellen Brüters", nur noch zögernd. Ein Abgeordneter wollte sogar wissen, ob der natriumgekühlte und mit besonders schweren Sicherheitsproblemen belastete "Schnelle Brüter" denn überhaupt erforderlich sei. Zuvor war festgestellt worden, daß der viel gutmütigere Hochtemperatur-Reaktor nicht, wie der "Schnelle Brüter", das hochgiftige Plutonium verbrenne, sondern ein Gemisch aus Uran und Thorium. Die dabei entstehende "Atomasche" könne auch zu einem erstaunlich hohen Prozentsatz wieder nutzbar gemacht werden. (Die Fachleute sprachen von einer "Konversionsrate" von 0,9 beim Hochtemperatur-Reaktor und einer "Brutrate" von 1,2 beim "Schnellen Brüter")

Als Ergebnis der Anhörung darf festgehalten werden, daß sowohl für die Entwicklung der Hochtemperatur-Reaktoren als auch für die Entwicklung der "Schnellen Brüter" noch auf Jahre hinaus erhebliche Bundesmittel erforderlich sind. Beide Reaktortypen werden von den Fachleuten als echte Alternativen zur Verwendung von Öl, Gas und Kohle in Kraftwerken gesehen. Alle anderen in letzter Zeit so häufig erwähnten Alternativen wie Sonnenenergie, Windenergie und Erdwärme versprechen - ebenso wie die Kernverschmelzung - in den nächsten 30 Jahren keinen echten Ausweg aus der Energieklemme der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft.

Wenn es also um den Ersatz des zur Zeit besonders teuren Rohöls geht, dann wird es am Ende wohl auf Kohle und Kernenergie hinauslaufen - beides letztlich finanziert vom Stromverbraucher. Wer sich darüber wundert, der möge bedenken, daß die goldenen Zeiten der besonders billigen Energie nicht nur auf dem Heizöl-, Heizgas- und Treibstoffmarkt der Vergangenheit angehören. Die Elektro-Energie wird nachziehen. So hart diese Realität klingt - es bleibt immer noch der tröstliche Gedanke, daß unser Land und unsere Gemeinschaft dadurch nicht nur unabhängiger in der Energieversorgung werden, sondern die Bereitstellung von Energie auch ausreichend gesichert werden kann.

(-/12.11.1974/ks/pr)

+ + +

Wohlrahiaden

Wie man zielsicher die Wahrheit verfehlen kann

Von Rudi Welther MdB

Berichterstatter des Haushaltsausschusses für das Bundesinnenministerium

"Streit über Berlin im Bundestag" überschreibt Springers "Welt" einen Bericht über Beratungen des Haushaltsausschusses zu Fragen der Nationalstiftung und der Grenzmarkierungen. Dabei, so die ganz offenbar von dem CDU-MdB Wohlrahe informierte "Welt", sei es zu "scharfen Auseinandersetzungen" gekommen. Dazu ist folgendes anzumerken:

Richtig ist: Die Opposition wollte im Haushaltsauschuß durch den Zusatz "in Berlin" beim Leertitel der Nationalstiftung eine Entscheidung über den Standort der geplanten Nationalstiftung herbeiführen. Für eine solche Entscheidung hat der Haushaltsauschuß aber überhaupt keine Kompetenz. Mit Polit-Tricks à la Wohlrahe ist eine solche Frage schon gar nicht zu lösen. Die Koalition mußte folgerichtig den Antrag ablehnen. Im übrigen bleibt es dabei: Der Standort hat sich nach der - noch nicht vorliegenden - Konzeption, nicht die Konzeption nach einem wünschenswerten Standort zu richten. Alles andere schadet sowohl der Nationalstiftung als auch Berlin.

Richtig ist auch: Die Opposition wollte bei dem Haushaltstitel, in dem die Grenzmarkierungskosten untergebracht sind, die "Grenze zur DDR" als "Demarkationslinie" bezeichnet wissen. Mit der Bezeichnung "Grenze zur DDR" folgt die Regierung der Terminologie des Grundvertrages, insbesondere nach Art. 3 Abs. 2 und dem Zusatzprotokoll hierzu. Auch das Bundesverfassungsgericht kommt in seinem Urteil zum Grundvertrag zu der Feststellung, daß es sich hierbei um eine "staatsrechtliche Grenze" handelt. Die Regierung kann also nicht falsch liegen, wenn sie Formulierungen verwendet, die auch das Bundesverfassungsgericht gebraucht.

Falsch ist, daß es zu "scharfen Auseinandersetzungen" gekommen sei. Die Opposition verzichtete nämlich wohlweislich auf eine Begründung ihrer Anträge. Daher wurden die Oppositionsanträge ohne Aussprache abgelehnt. Die Tatsache, daß die Opposition ihre Anträge nicht zu begründen mußte, beweist deutlich, daß sie sich offenbar selbst nicht ernst nimmt. Die Anträge waren wieder einmal mehr "Wohlrahiaden".

(-/12.11.1974/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller